

Zum politischen Jahresauftakt der LINKEN 2012

Friedrich Schütz

Seit 2010 führen der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion am Tag nach der traditionellen Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ihren politischen Jahresauftakt durch. Vor mehreren hundert Mitgliedern und Funktionären der Partei hielten auf einer Veranstaltung im Berliner „Kosmos“ am 16. Januar die Parteivorsitzenden Klaus Ernst und Gesine Löttsch sowie der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Gregor Gysi jeweils eine etwa halbstündige Rede.

Klaus Ernst ging davon aus, daß eine Partei nur dann stark sein kann, wenn sie zusammenhält. Er appellierte daran, die Solidarität sowohl in der Partei als auch nach außen zu leben. Zur Zeit, so der Vorsitzende, gelingt es der Partei nicht, „mit ihren Botschaften in der Öffentlichkeit durchzudringen“. So wird das Jahr 2012 für sie zu einer Bewährungsprobe, und sie selbst muß sich zu einer „echten Kümmererpartei“ entwickeln. Viele Menschen, so führte er weiter aus, haben Angst vor der Zukunft, sorgen sie sich doch um ihren Arbeitsplatz und um den Frieden in der Welt. Er verwies auf das Bemühen der Herrschenden, die Sozialsysteme zu zerschlagen und die Demokratie abzubauen, wogegen die Linken in ganz Europa Widerstand leisten müssen und damit zu „radikalen Veränderungen in der Gesellschaft“ beitragen können. Er endete mit dem Satz: „Der Ka-

pitalismus hat nie seinen Frieden mit den Menschen gemacht; deswegen dürfen wir auch nie unseren Frieden mit dem Kapitalismus machen.“

Gregor Gysi setzte sich zunächst in bezug auf die 2013 anstehenden Bundestagswahlen mit der These vom „Lagerwahlkampf“ auseinander. Er zeigte an Beispielen, daß die SPD diesen gar nicht will, sondern, von Brandenburg abgesehen, immer die Koalition mit der CDU anstrebe bzw. eingehe. Sie muß erst wieder sozialdemokratisch werden. Davon ist sie aber „meilenweit entfernt“. DIE LINKE muß für linke Ziele streiten, also die Beschäftigung mit sich selbst aufgeben und wieder linke Politik machen. „Je mehr wir uns von den Bürgerinnen und Bürgern entfernen, desto desinteressierter werden sie.“ Es gilt deshalb auch, die einzelnen Bevölkerungsgruppen konkret anzusprechen.

Der Redner wies dann an mehreren Beispielen die Instabilität der schwarzen Bundesregierung nach. Er zeigte, daß die Rettungsschirme nicht den Menschen in den betroffenen Ländern zugute kommen, sondern lediglich den Banken nützen. Deshalb forderte er die Wiederherstellung des Primats der Politik gegenüber der Ökonomie und trat für ein Verbot von Spenden der Wirtschaft an die Politik ein. Im Hinblick auf eine mögliche Koalition nach der Bundestagswahl nannte er eine

Reihe von Mindestvoraussetzungen, darunter unter anderen den sofortigen und vollständigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und den Verzicht auf weitere Kriegseinsätze, die Abschaffung von Hartz IV, eine Ost-West Angleichung von Löhnen und Renten, einen flächendeckenden Mindestlohn sowie eine Gesundheitsreform, die „alles bezahlbar macht“. DIE LINKE will eine Gesellschaft, „in der alle Menschen frei von Ausbeutung und Unterdrückung leben ... Wir brauchen Freiheit, Würde und Solidarität.“

Gesine Löttsch sprach zu Beginn ihrer Rede über die Solidarität, die nicht nur eine Angelegenheit des Kopfes, sondern auch des Herzens sei und die „wir leben“ müssen. Sie sprach sich dann gegen eine scheinbar in der LINKEN geführte Altersdiskussion aus und meinte: Wir brauchen in der Partei alle Altersgruppen, sowohl junge Menschen als auch ältere. Es kommt darauf an, viele neue Mitglieder zu gewinnen. Den gegenwärtig viel diskutierten Personaldebatten stimmte sie zu, wenn dabei zugleich die politischen Konzepte der Kandidaten diskutiert werden.

Mit der Gründung unserer neuen Partei, so die Rednerin, hat sich deren politischer Horizont erweitert. Die bestehende Verschiedenheit der Mitglieder sei eine große Bereicherung. So hat jeder der 16 Landesverbände eigene Erfahrungen gemacht und einige haben auch nennenswerte Erfolge aufzuweisen. Für äußerst wichtig erachtet es die Vorsitzende, daß die Partei „Anwalt für die Menschen im Osten bleibt“. Zum Abschluß trat sie für ein Verbot der NPD ein und rief dazu auf, zur Verhinderung des Aufmarsches am 18. Februar in Dresden beizutragen.

Aus dem Inhalt:

Das Thema:

Parteileben

Seite 1 - 4

- Zum Jahreswechsel

Seite 5

- Weltklimagipfel in Durban

Seite 6

- Arbeitsmarktpolitik

Seite 7

- Umgang mit NS-Vergangenheit

Seite 8

- Erwerbslosenfrühstück

Seite 9

- Zur Klinikproblematik

Seite 10

- Liebknecht-Luxemburg-Ehrung

Seite 11

Mitgliederbefragung zum Parteivorsitz als unzulässig abgelehnt

Lothar Boese

Der Geschäftsführende Parteivorstand der LINKEN hat auf seiner Sitzung in der zweiten Januarwoche einen Antrag von vier Landes- und zwölf Kreisverbänden zu einem empfehlenden Mitgliederentscheid in der Frage des Parteivorsitzes mit sechs zu vier Stimmen bei einer Enthaltung als unzulässig abgelehnt. Er schloss sich damit der Rechtsauffassung des Parteienrechtlers Professor Morlok an. Dieser war durch den Geschäftsführenden Parteivorstand mit einem Gutachten beauftragt worden.

Der Streit um das zweckmäßigste Verfahren zur Bestimmung der beiden Parteivorsitzenden der LINKEN, die turnusmäßig im Juni auf dem nächsten Bundesparteitag in Göttingen mitsamt dem Vorstand neu zu wählen sind, hat die Partei schon seit Monaten beschäftigt. Laut Parteiengesetz haben Parteitage bzw. Delegiertenversammlungen die Führungsgremien zu wählen. Inwieweit diese Einschränkung in die Vorgabe des Grundgesetzes, dass Parteien ihre Angelegenheiten nach „demokratischen Grundsätzen“ zu regeln haben, unzulässigerweise eingreift, ist umstritten. Ohne Zweifel hat nach demokratischen Gesichtspunkten eine Urwahl einen höheren Stellenwert als eine solche durch Delegiertenversammlung. Dieser Gedanke muss auch Klaus Ernst, den neben Gesine Löttsch gegenwärtigen Vorsitzenden, umgetrieben haben, als er in seiner Rede auf der zentralen Kreisvorsitzendenberatung im Juni vorigen Jahres in Hannover forderte, die Basis solle künftig zu zentralen Personalentscheidungen gefragt werden. Klaus Ernst wörtlich: „Ich bin dafür, dass sich die Kandidatinnen und Kandidaten für den Parteivorsitz künftig einer Urwahl durch die Mitglieder stellen müssen, bevor sie auf dem Parteitag antreten.“

Diese Ausführungen hatten in Teilen der Partei Resonanz gefunden, nicht zuletzt bei denjenigen, die die „Kungelrunden“ zur Aufstellung eines Personaltableaus im Vorfeld der Wahl der gegenwärtigen Parteiführung in unguter Erinnerung hatten. Seinerzeit wurden mangelnde Transparenz des Vorgangs und unzulässiger Druck auf führende Funktionäre der Län-

der, dem Tableau zuzustimmen und dafür zu werben, beklagt. Nach der Rede von Klaus Ernst gab es jedenfalls aus verschiedenen Landes- und Kreisverbänden Initiativen, seinen Vorschlag in die Tat umzusetzen. Ergebnis waren die oben genannten Anträge an den Parteivorstand, „nach Abwägung der Vor- und Nachteile eines Mitgliederentscheides zur Besetzung der Position der beiden Parteivorsitzenden einen Mitgliederentscheid mit folgender Fragestellung zu fordern: „N. N. wird dem Parteitag zur Wahl als Parteivorsitzende(r) vorgeschlagen.“ Dies war die Formulierung des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, dem sich die Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein sowie zwölf Kreisverbände aus verschiedenen östlichen und westlichen Landesverbänden angeschlossen hatten. Die Antragsteller gingen dabei davon aus, dass analog zur Wahlordnung der Partei jedes Mitglied maximal zwei Stimmen hat und unter Beachtung der Mindestquotierung höchstens einen männlichen Bewerber mit „ja“ ankreuzen darf. Einig waren sich Antragsteller und -gegner darin, dass das Mitglieder-votum nur empfehlenden Charakter an den Parteitag haben kann und diesem unter Beachtung des Parteiengesetzes die Letztentscheidung zukommt. Dies auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Bewerbungen für den Vorsitz bis zum Schluss der Kandidatenliste auf dem Parteitag selbst möglich sein müssen.

Professor Morlok aus Düsseldorf ist jedoch in seinem Gutachten der Meinung, dass die Satzung der LINKEN gegenwärtig keine Regelung für eine „auch nur konsultative Heranziehung der Mitglieder“ für die Bestimmung der Parteivorsitzenden enthielte und unter diesen Umständen eine „empfehlende Urwahl“ nicht infrage käme. Die Bundessatzung sähe als Wahlkörper nur den Bundesparteitag vor, das Instrument des Mitgliederentscheides wäre nach Bundessatzung und nach der Ausgestaltung in der Ordnung über die Mitgliederentscheide nur für Sachfragen vorgesehen, nicht für Personalentscheidungen. Dem wider-

spricht Halina Wazyniak, stellvertretende Parteivorsitzende und Parteibildungsbeauftragte der LINKEN, in einer Stellungnahme zum Morlokschen Gutachten. Sie argumentiert, dass die Satzung Abstimmungen „zu allen politischen Fragen in der Partei“ zulasse (§ 8). Darunter seien nicht ausschließlich Sachentscheidungen zu verstehen, sondern auch Personalfragen. Diese müssten als politische Richtungsentscheidungen verstanden werden, zumal die eigentliche Wahl auf dem Parteitag stattfindet. Die Fragestellung an die Mitglieder wäre mit „ja“ oder „nein“, das heißt „für“ oder „gegen“ einzelne Bewerberinnen und Bewerber, zu entscheiden. In der Satzung (§ 8) heißt es weiter: „Soweit das Parteiengesetz eine Aufgabe zwingend dem Parteitag zuweist, hat der Mitgliederentscheid empfehlenden bzw. bestätigenden Charakter für die Entscheidung des Parteitages.“ Das notwendige Quorum für die Durchführung eines (in diesem Fall empfehlenden) Mitgliederentscheides ist mit dem Antrag der oben genannten vier Landesverbände erreicht. Nach Absatz 2 im § 8 muss ein Entscheid unter anderem stattfinden, wenn Landes- oder Kreisverbände ihn fordern, die gemeinsam mindestens ein Viertel der Mitglieder repräsentieren.

Auf Antrag von Jörg Lemmert, Mitglied des Kreisvorstands, hat auch der Kreisvorstand der LINKEN im Salzlandkreis in seiner Sitzung am 14. Dezember einen Antrag an den Parteivorstand mit der Forderung zur Durchführung eines empfehlenden Mitgliederentscheides in der Frage der zukünftigen Parteivorsitzenden nach ausführlicher Diskussion mit einem Abstimmungsverhältnis von 11:1:2 angenommen. Ein Antrag von Bianca Görke in der darauffolgenden Sitzung am 11. Januar, diesen Beschluss in Kenntnis des Morlokschen Gutachtens wieder zurück zu nehmen, wurde nach ebenso ausführlicher Diskussion mit 3:7:3 Stimmen abgewiesen.

Staffelstabübergabe bei LINKEN an der Wipper

Tobias Pochanke

Zum Nikolaustag trafen sich Mitglieder und Sympathisanten des LINKEN Ortsverbandes Saale-Wipper in Amesdorf, um das Jahr in entspannter Atmosphäre ausklingen zu lassen. Dabei berichtete die Landtagsabgeordnete Birke Bull von ihren Eindrücken vom letzten Bundesparteitag der LINKEN. Sie sprach der großen Mehrzahl der Delegierten zu, kompromissbereit mit Vernunft und Weitsicht ein Parteiprogramm beschlossen zu haben: „Die Alternative zu dieser Einigung wäre eine tief gespaltene Partei, deren Programmdebatte Sieger und Verlierer hinterlassen hätte. Das war wohl den meisten der Delegierten klar. Das vorliegende Programm ist das Ergebnis von langanhaltenden und bis in die Parteibasis geführten Diskussionen.“ Sie warb ausdrücklich für die Zustimmung der Anwesenden zu dem noch bis zum 14. Dezember laufenden Mitgliederentscheid. Am Ende ihrer Ausführungen gab sie ihren Genossinnen und Genossen noch auf den Weg: „Konfliktpotenzial gibt es noch genügend und das wird wohl so bleiben. Entscheidend wird sein, wie es uns gelingt, mit Konflikten und Unterschieden umzugehen und dabei auf Unterstellungen und Angriffe zu verzichten. Das will gelernt und geübt sein. Der sachliche Austausch der Argumente hingegen ist immer ein Gewinn. DIE LINKE bleibt also eine lernende Partei



Jennifer Elisa Bölke
übergibt den Staffel-
stab an Lars Lehmann

Foto: privat

– nun aber mit einem gemeinsamen Programm.“

In der Diskussion bemängelten die Stadträte der LINKEN von Güsten den Vertragsbruch der Mehrheit der anderen Fraktionen und des Bürgermeisters gegenüber den Einwohnern der neuen Ortsteile Amesdorf und Warmsdorf hinsichtlich der angehobenen Steuerhebesätze. Diese sollten nach dem von der Stadt Güsten und der Gemeinde Amesdorf 2009 beschlossenen Eingemeindungsvertrag bis 2015 unverändert bleiben. Der ehemalige Bürgermeister von Amesdorf Ernst-Hermann Brink berichtete: „Dies sollte nach einer ersten Beschlussfassung im Oktober diesen Jahres auch so bleiben. Der Güstener Bürgermeister ließ aber kurzerhand in der letzten Ratssitzung noch einmal ab-

stimmen, sodass sein Wunschergebnis zustande kam.“ Derzeit lässt Brink formelle Ungereimtheiten von der Kommunalaufsicht prüfen.

Aus dem Ortsverband verabschiedete sich zum Jahresende die langjährige Genossin Jennifer Elisa Bölke, die aus beruflichen Gründen in den Harzkreis zieht. Da sie damit auch ihr Stadtratsmandat in Güsten aufgibt, gab es zur Versammlung noch eine Staffelstabübergabe an Lars Lehmann. Der zukünftige Stadtrat ist ein 27-jähriger Student, der seit September dieses Jahres auch stellvertretender Ortsvorsitzender der LINKEN ist. Alle Anwesenden wünschten ihm für seine zukünftigen Aufgaben viel Erfolg.

Tobias Pochanke ist Pressesprecher der BO Saale-Wipper

Von der ersten Sitzung des Kreisvorstandes im Jahr 2012 berichtet

Klaus Magenheimer

In der Rückschau der Sitzung des Kreisvorstandes am 11. Januar informierte Wolfgang Menzel aus Aschersleben über umfangreiche Aktivitäten eines breiten demokratischen Bündnisses gegen einen angemeldeten Aufmarsch der Rechten am 28. Januar in seiner Stadt.

Eine vom Vorsitzenden Lothar Boese vorgelegte schriftliche Information zur Mitgliederbilanz wurde umfassend mit dem Ziel diskutiert, die natürlichen Verluste durch die Todesfälle über eine verstärkte Mitgliedergewinnung ausgleichen zu müssen. Eine zielstrebige Öffentlichkeitsarbeit ist zu organisieren, um die politischen Ziele der Partei umfassender in der Bevölkerung bekannt zu machen und die Mitgliederwerbung

zu intensivieren.

Erneut beschäftigte sich der Kreisvorstand mit der Debatte über die künftige Parteiführung. Mehrheitlich hielt er an seinem Beschluss vom Dezember zur Durchführung eines Mitgliederentschiedes fest. Im weiteren Prozess wird die angekündigte Entscheidung des Parteivorstandes akzeptiert werden.

Von der Kreistagsfraktion wurde über die momentane festgefahrene Situation durch die wiederholten Widersprüche des Landrates beim Klinikverkauf berichtet. Der Kreisvorstand unterstützt das Vorgehen der Fraktion, an ihrer kommunalrechtlich nicht beanstandeten Entscheidung zum Verkauf an Ameos festzuhalten und sich nicht von der Po-

litik des Landrates und seiner Berater einschüchtern zu lassen. Die Gleichbehandlung und Wertung aller Privatisierungsziele sowie der Übergang an einen Betreiber, ohne die Gefahren für die Standorte Aschersleben und Staßfurt, muss die Haltung der Fraktionsmitglieder weiter bestimmen.

Das Leisten der Mandatsträgerbeiträge durch alle gewählten Abgeordneten hatte ein Antrag des Vorsitzenden zum Ziel. In den kommenden Tagen sind jedoch noch satzungskonforme Formulierungen zu finden, um ein einheitliches Handeln im Kreisverband zu gewährleisten.

Klaus Magenheimer ist stellvertretender Kreisvorsitzender

DIE LINKE hat ein Programm. Gut gemacht!

Birke Bull

Die Arbeit an einem Programm ist für jede Organisation immer auch eine Zustimmung. Es wird an den Grundfesten gerüttelt. Es geht um Ideale, um individuelle Erfahrungen, um unterschiedliche Sichtweisen. Natürlich möchte jede und jeder die Schnittmenge zwischen den eigenen Überzeugungen auf der einen Seite und dem Programm der eigenen Partei auf der anderen Seite so groß wie nur irgend möglich haben. Aber die politische Breite innerhalb unserer Partei ist eben doch immens groß. Auch LINKE sehen die Welt mitunter aus verschiedenen Blickwinkeln. Umso mehr sollten wir die Kompromisse schätzen. Umso mehr Respekt sollten wir vor diesem Erfolg gemeinsamer Arbeit haben.

Der Diskussionsprozess hat die Partei – vor allem aber ihre GenossInnen selbst – weiter voran gebracht. Man musste die eigenen Perspektiven und Argumen-

te überdenken, sich einlassen auf die Sichtweise der anderen. Das eine oder andere sogar nochmal nachlesen – in guten Büchern. Vor allem der Diskussionsprozess ist der eigentliche Gewinn für uns alle.

Nun ist es geschafft. Man mag über die Beteiligung am Mitgliederentscheid lange grübeln, vielleicht auch ein wenig enttäuscht sein. Aber Demokratie und vor allem die direkte Demokratie ist ein schwieriges Geschäft. So viele Erfahrungen haben wir in unserer Partei damit noch nicht. Die Beteiligung der Mitglieder unserer Partei an solchen Entscheidungen braucht auch Zeit und Geduld. So gesehen ist es schon allein ein vorzeigbarer Erfolg, dass sich nahezu jedes 2. Mitglied der LINKEN in den neuen Ländern – darunter in Sachsen-Anhalt – beteiligt und ein Votum abgegeben hat. Das sollte uns beflügeln.

Immerhin: Nach dem Programm ist vor dem Programm. Es gibt eine Reihe von Kontroversen, die uns auch künftig in unserer politischen Auseinandersetzung untereinander begleiten werden. Das macht das Ganze ja auch interessant. Wir werden weiter streiten über unsere Position zum bedingungslosen Grundeinkommen, über unsere friedenspolitischen Alternativen zu Kriegseinsätzen, zu unseren Vorstellungen für einen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und vieles andere mehr. Langweilig wird es keineswegs. Also kann man sagen: Gut gemacht! Und Dank all denen, die sehr engagiert dazu beigetragen haben. In den Basisorganisationen und in den Vorständen. Weiter so!

Birke Bull ist stellvertretende Landesvorsitzende

Weihnachtsfeier der BO Bernburg-Mitte

Friedrich Schütz

Die BO Bernburg-Mitte führte am 9. Dezember im Bürgerbüro ihre diesjährige Weihnachtsfeier durch. Der festlich gedeckte Tisch sowie Kaffee, Stolle und Pfefferkuchen konnten die Teilnehmer/innen nicht davon abhalten, sich über aktuelle politische Ereignisse und Probleme auszutauschen. Als Gast konnte Jan Korte begrüßt werden. Der Abgeordnete informierte über die am 8. November stattgefundenen Wahl unseres Fraktionsvorstandes im Bundestag für die 2. Hälfte der 17. Legislaturperiode sowie seine Wahl als Mitglied des Vorstandes und als Leiter des Arbeitskreises „Demokratie, Kultur, Wissen und Bildung“. Er machte auf die von ihm herausgegebene Broschüre über seine parlamentarische Tätigkeit und die Arbeit im Wahlkreis in der 1. Hälfte der Wahlperiode aufmerksam. Sehr engagiert setzte er sich für die Durchführung einer Mitgliederbefragung anlässlich der Wahl der beiden Parteivorsitzenden auf dem 3. Parteitag ein.

In der anschließenden Aussprache wurde zunächst zum Ausdruck gebracht, daß nach dem hervorragenden Abstimmungsergebnis zum Grundsatzpro-



Die BO Mitte bei ihrer Weihnachtsfeier im Bernburger Bürgerbüro

Foto: privat

gramm der Partei das Ergebnis der Wahl des Fraktionsvorstandes in keiner Weise befriedigen kann. Die Tatsache, daß nur Gregor Gysi 80 % erhielt, fast alle Kandidatinnen und Kandidaten eine Zustimmung um die 60 % und zum Teil noch darunter erhielten, gibt zum Nachdenken Anlaß.

Besonders hingewiesen wurde auf den vom Parteivorstand zur Kenntnis genommenen und jetzt in den Gliederungen der Partei zu diskutierenden Bericht „Für eine zukunftsfähige LINKE“. Nur, so wurde herausgestellt, wenn es uns gelingt, die Partei durch eine effektive und zielstrebige Arbeitsweise zu stärken, wer-

den wir bei der Durchsetzung des Programms und den jeweils anstehenden Wahlen unsere Ziele erreichen.

Ein weiterer Schwerpunkt der vielseitigen und umfassenden Aussprache war das Problem des Umweltschutzes in Bernburg. Das vor kurzem gebaute Werk zur Verbrennung von Ersatzbrennstoffen richtet nicht nur durch die bei dem Verarbeitungsprozeß entstehenden giftigen Stoffe einen noch nicht absehbaren Schaden an, sondern auch das Heranfahren der ungeheuer großen Menge dieser Stoffe wirkt umweltschädigend.

Zum Jahreswechsel

Friedrich Schütz

Auch anlässlich dieses Jahreswechsels werden wieder viele von Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, darüber nachgedacht haben, ob das zu Ende gegangene Jahr ein erfolgreiches war. Sie werden sich die Frage gestellt haben, was denn das abgelaufene Jahr für Sie persönlich gebracht hat und was 2012 zu erwarten sei. Zufrieden werden wohl jene unter Ihnen sein, die ihren Arbeitsplatz behalten konnten bzw. einen neuen erhielten, deren Kinder oder Enkel eine gute Ausbildung bekamen oder abgeschlossen haben sowie jene, die sich einen schon lange gehegten Wunsch erfüllen konnten, um nur einige Beispiele zu nennen. Auf eine solche Bilanz und damit auf ein persönlich gutes Jahr 2011 können leider viele Menschen unseres Landes nicht verweisen – und das wird auch im neuen Jahr nicht anders sein.

Blickt man auf das internationale Geschehen des vergangenen Jahres zurück, so soll zunächst hervorgehoben werden, daß der unmittelbar nach dem ungeheuren Terrorakt vom 11. September 2001 begonnene Krieg der USA und ihrer NATO-Verbündeten, darunter auch Deutschland, gegen Afghanistan nun schon über zehn Jahre andauert und unter Einsatz immer modernerer Waffen ständig weiter eskaliert. Die am 5. Dezember in Bonn unter der Teilnahme von über 100 Delegationen durchgeführte 2. Internationale Afghanistan-Konferenz brachte jedoch in dieser Hinsicht keine wesentlichen Fortschritte. Wie diese Situation einzuschätzen ist und worum es geht, brachte die hierzu durchgeführte Gegendemonstration mit ihrer Losung sehr deutlich zum Ausdruck: „Sie reden vom Frieden. Sie führen Krieg. Truppen raus aus Afghanistan!“

Einen erheblichen Einfluß auf die Weltpolitik hatten die unter dem Begriff „arabischer Frühling“ in mehreren Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens durchgeführten revolutionären Erhebungen, Bürgerkriege und Protestaktionen. Am 14. Januar mußte der tunesische Präsident Ben Ali und am 11. Februar der ägyptische Präsident Mubarak,

die beide eine jahrzehntelange diktatorische Herrschaft errichtet hatten, zurücktreten. Libyschen Rebellen gelang nach monatelangen Kämpfen mit Unterstützung von Einsätzen der NATO der Sieg über das Gaddafi-Regime. Gegenwärtig hat sich der Schwerpunkt der Proteste nach Syrien verlagert.

Als drittes herausragendes Ereignis soll das bisher schwerste Erdbeben in der japanischen Geschichte am 11. März erwähnt werden, das verbunden mit einem gewaltigen Tsunami, eine verheerende Katastrophe im Atomkraftwerk Fukushima bewirkte, die von Experten mit der von Tschernobyl im April 1986 verglichen wird. Dieses Ereignis beeinflusste aber die schwarz-gelbe Bundesregierung, nun doch Kurs auf die Abschaltung der Atomkraftwerke zu nehmen.

Im Mittelpunkt der Politik der Europäischen Union stand 2011 der Kampf um die Eindämmung der sich auf immer mehr südeuropäische Länder ausbreitenden Schuldenkrise, die besonders Griechenland an den Rand des Staatsbankrotts führte. Mit den von den Staats- und Regierungschefs unter deutscher und französischer Dominanz beschlossenen umfangreichen Rettungsschirmen werden den betroffenen Ländern harte Sparmaßnahmen aufgezwungen, die hauptsächlich die ärmeren Schichten zu tragen haben. Die Wirtschaftskrise nahm so auch immer mehr den Charakter einer politischen Krise an.

Das zu Ende gegangene Jahr war ein „Superwahljahr“, standen doch 7 Landtagswahlen und einige Kommunalwahlen an. Dabei war das Besondere an diesen Wahlen, daß es den Grünen zum ersten Mal gelang, in einem Land, in Baden-Württemberg, den Ministerpräsidenten zu stellen und die FDP nur in zwei Landtage einzuziehen konnte. Mit ihrer Wahl in das Berliner Abgeordnetenhaus gelang den Piraten ein nicht erwarteter Erfolg. Für DIE LINKE war das Wahljahr nicht gerade erfolgreich. Sie gelangte nicht in die Landtage von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und damit für sie in das 15. und 16. Lan-

desparlament, wurde nicht die stärkste Partei in Sachsen-Anhalt, verlor gegenüber der letzten Wahl etwa ein Drittel der Stimmen in Bremen und mußte in Berlin aus der Regierung ausscheiden.

Ein gewaltiges Problem in unserer Gesellschaft sind das Bestehen und Agieren der rechtsextremen NPD, die im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern bleiben konnte und ihren Einzug in das Landesparlament von Sachsen-Anhalt nur knapp verpaßte. Es hat mich tief bewegt, daß ihre Abgeordneten im sächsischen Landtag für die Aberkennung der Immunität des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, André Hahn, stimmen konnten, dem von der Staatsanwaltschaft Rädelsführerschaft gegen die beabsichtigte Demonstration der Nazis am 13. Februar 2010 vorgeworfen wurde.

Der größte Erfolg der LINKEN im abgelaufenen Jahr waren der Beschluß des Grundsatzprogramms der Partei auf dem Erfurter Parteitag und dessen Bestätigung durch den Mitgliederentscheid. Vor der Partei steht jetzt die Aufgabe, den im Juni in Göttingen stattfindenden Parteitag vorzubereiten, der den neuen Parteivorstand zu wählen hat.

Was im neuen Jahr im einzelnen alles geschieht, kann niemand voraussagen. Ich möchte aber auf einige Aufgaben aufmerksam machen, die vor der LINKEN stehen. Da ist neben der bereits erwähnten Vorbereitung des Wahlparteitages und der umfassenden politischen Arbeit zur Umsetzung des Programms eine gründliche Diskussion über die Maßnahmen zu führen, die die Zukunftsfähigkeit der Partei gewährleisten. Und schließlich stehen am 6. Mai die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein an. Die Partei hat in ihrem Wahlprogramm festgelegt, einen „starken, inhaltlichen Oppositionswahlkampf“ zu führen.

Zum Abschluß, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich Ihnen und Ihren Familien im Namen des Kreisvorstandes und der Redaktion der DLZ ein frohes, gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2012.

Lauwarmer Kompromiss trotz Überstunden

Licht und Schatten beim Weltklimagipfel in Durban

Jörg Lemmert

Alle Jahre wieder behaupten Spötter im Nachgang zum Klimagipfel, dass es für das Klima besser gewesen, wenn er nicht stattgefunden hätte. Denn durch die Flugreisen der KonferenzteilnehmerInnen werde das Klima zusätzlich belastet, durch die Verhandlungsergebnisse aber kaum entlastet.

Nichtsdestotrotz traf sich die Staatengemeinschaft Ende des Jahres im südafrikanischen Durban wieder, um einen Durchbruch bei den stockenden Verhandlungen für ein Kyoto-Folgeabkommen zu erzielen. Verpflichtet werden die Staaten zu diesen Gipfeln durch die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) von 1992. Sie betont, „dass angesichts des globalen Charakters der Klimaänderungen alle Länder aufgerufen sind, so umfassend wie möglich zusammenzuarbeiten und sich an einem wirksamen und angemessenen internationalen Handeln... zu beteiligen“. Außerdem legt diese auch fest, dass alljährlich Konferenzen der Vertragsstaaten abzuhalten sind.

So kamen in Südafrika vom 28. November bis 11. Dezember (zwei Tage länger als geplant!) wieder Delegierte aus ca. 190 Staaten zum bereits 17. Gipfel (auch COP 17 genannt) dieser Art zusammen. Unter ihnen auch viele Mitglieder von Entwicklungshilfeorganisationen und Umweltverbänden, die für gewöhnlich einen kritischen Blick auf die Verhandlungen werfen. Die Reaktionen nach Ende des Gipfels zeigen, dass es erneut sowohl Licht als auch Schatten gab: Bundesumweltminister Norbert Röttgen sprach von „Riesenerfolg“, während die internationale Umweltschutzorganisation WWF einen „lauwarmen Kompromiss von Durban“ beklagte.

Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Fortschreibung des in diesem Jahr auslaufenden Kyoto-Protokolls von 1997. Dieses schreibt eine Reduzierung des CO₂-Ausstosses der Industrieländer bis zum Jahr 2012 um 5,2 Prozent im Vergleich zu 1990 vor. Beim 2010er Gipfel



COP17/CMP7
UNITED NATIONS
 CLIMATE CHANGE CONFERENCE 2011
DURBAN, SOUTH AFRICA

Logo des Klimagipfel
www.cop17-cmp7durban.com/

Bild: <http://www.cop17-cmp7durban.com/>

im mexikanischen Cancún hatte man sich bereits darauf geeinigt, das Protokoll mit neuen Zielen zu verlängern. Einen rechtlich verbindlichen Klimavertrag wird die internationale Staatengemeinschaft jetzt aber erst 2015 vorlegen. In Kraft treten wird er wahrscheinlich sogar erst 2020. Er soll auch die USA und die großen Schwellenländer wie China und Indien einbeziehen und die Erderwärmung auf maximal zwei Grad begrenzen. Das „Zwei-Grad-Ziel“ wird, laut Klimaexperten, die Auswirkungen des Klimawandels in Grenzen halten. Bis zum neuen Klimavertrag wird das Kyoto-Protokoll jetzt verlängert, wobei die genaue Ausgestaltung erst beim nächsten Gipfel Ende 2012 beschlossen wird. Mit Kanada, Japan, Russland und Neuseeland haben sich aber bereits einige wichtige Nationen von der Fortsetzung des Protokolls verabschiedet, wodurch sich nur noch Staaten, die 15 Prozent der Treibhausgas-Emissionen ausmachen, zum Kyoto-Prozess bekennen. Hier liegt auch der Hauptkritikpunkt der Nichtregierungsorganisationen: Wie viel Sinn macht ein Klimaabkommen, an dem sich kaum jemand beteiligt, überhaupt?

Auch die finanzielle Unterstützung beim Klimaschutz war Thema in Durban. Mit dem Beschluss zum „Green Climate Fund“ (Grüner Klima Fond) steht jetzt

eine Startsumme von 30 Milliarden Dollar zu Bekämpfung des Klimawandels in ärmeren Ländern bereit. Wo die dafür eigentlich notwendigen 100 Milliarden Dollar jährlich ab 2013 herkommen sollen, ist aber völlig unklar.

Am Ende des Gipfels war die eine Seite froh, dass überhaupt weiter verhandelt wird (mehrere Staaten drohten immer wieder, den Gipfel platzen zu lassen), während die andere die erneute Vertagung konkreter Beschlüsse kritisierte. Auch nach Durban haben die dringendsten Probleme Bestand: Die Reduktionsziele sind immer noch viel zurückhaltend, viele Beschlüsse sind unverbindlich und das Ringen um ein verbindliches Abkommen verläuft viel zu schleppend. Wenn 2020 vielleicht ein neuer Klimavertrag vorliegt, werden wir wohl längst mit massiven Auswirkungen zu kämpfen haben. Schon heute lassen sich diese schon kaum noch leugnen.

Erneut hofft die Staatengemeinschaft auf schnelle und verbindliche Schritte beim nächsten Gipfel. In diesem Jahr trifft man sich im Emirat Katar auf der arabischen Halbinsel. Ob die Tatsache, dass es dort mit ca. 40 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr den höchsten Kohlendioxid ausstoß weltweit gibt, die Gipfelergebnisse voranbringt, bleibt abzuwarten.

Ähnlich wie im letzten Jahr möchte ich am Ende wieder dazu motivieren, selbst tätig zu werden. Mit einem Wechsel zu einem Ökostromanbieter z.B. kann man seinen eigenen Ausstoß senken. Damit lässt sich bestimmt nicht die Welt retten, aber mit nur wenig Aufwand und minimalen finanziellen Auswirkungen kann jeder ein kleines Zeichen setzen. Vielleicht ja noch ein verspäteter guter Vorsatz für das neue Jahr. Interessenten können sich z.B. im Internet unter www.atomausstieg-selber-machen.de oder im Bernburger Wahlkreisbüro informieren.

Jörg Lemmert ist Mitglied im Kreisvorstand

Zur Instrumentenreform der Bundesregierung

Sabine Dirlich

In die jüngste Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente war die Bundesregierung wie jedes Mal mit hochfliegenden Plänen gestartet. Begriffe wie Weiterentwicklung, Konzentration, Modifizierung oder Neuausrichtung sollen allerdings darüber hinwegtäuschen, dass vor allem mit dem Ziel der Einsparung von Eingliederungsmitteln die Arbeitsmarktpolitik ein weiteres Mal ausgehöhlt worden ist. Insgesamt 7,8 Milliarden Euro sollen bis zum Jahr 2015 eingespart werden. Nichts ist dagegen zu sagen, wenn die Flexibilität der Anwendung, die Qualität oder die Transparenz der Umsetzung verbessert werden sollen. Aber was soll dabei herauskommen, wenn gleichzeitig die Entscheidungskompetenz dezentralisiert und die Mittel drastisch gekürzt werden? Dann wird die Entscheidung vor Ort immer öfter „Nein“ lauten. Aber das haben dann ja die Entscheidungsträger vor Ort zu verantworten und nicht mehr die Bundesregierung. Na prima!

Die Kritik der LINKEN ist grundsätzlich. Wir kritisieren die massive Einschränkung des Rechtsanspruchs auf Arbeitsförderung und die faktische Abschaffung der öffentlich geförderten Beschäftigung. Wir kritisieren die Spaltung des Arbeitsmarktes, die durch das Gesetz weiter vertieft wird. Das findet auf mehreren Ebenen statt. Wir haben es erstens zunehmend damit zu tun, dass die Empfängerinnen von Arbeitslosengeld weniger werden, während die Zahl der Grundsicherungsempfängerinnen stagniert. Das wird durch das Gesetz deshalb verstärkt, weil es darauf ausgerichtet ist, gut qualifizierte und erst kurz arbeitslose Menschen schnell wieder in Arbeit zu vermitteln und die aufwendige Arbeit mit den Langzeitarbeitslosen auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Wir beobachten zweitens, dass Langzeitarbeitslosigkeit auf der einen Seite einem wachsenden Fachkräftemangel auf der anderen Seite gegenübersteht. Dieser Tatsache wird in keiner Weise Rechnung getragen. Im Gegenteil: die Angebote der Weiterbildung werden zurückgehen,

Die Linke Zeitung 01/2012, Seite 7



Arbeitsmarktpolitische Forderungen der LINKEN
www.die-linke-bornheim.de/uploads/RTEmagicC_Arbeit_fuer_alle.pdf

Bild: <http://>

vor allem aus finanziellen Gründen. Das bedeutet wiederum, dass von den Veränderungen im Gesetz nur die gut qualifizierten, kurzzeitig arbeitslosen Menschen profitieren. Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderungen oder chronisch Kranke werden abgehängt.

Zu alledem kommt hinzu, dass die Bedingungen für die Arbeitsgelegenheiten, 1-€-Jobs genannt, verschärft werden. In Zukunft wird es immer schwieriger werden, Projekte so zu gestalten, dass sie den Anforderungen des Gesetzes genügen. Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante, die sehr nah an einer regulären Beschäftigung gestaltet waren, werden ganz abgeschafft. Längerfristige Beschäftigungsangebote bleiben den „arbeitsmarktfremden“ Arbeitssuchenden in Zukunft vorenthalten. Auch Gutscheinelösungen, die nach Vermittlung und Bildungsmaßnahmen nun auch

auf die Aktivierung ausgedehnt wurden, benachteiligen „arbeitsmarktfremde“ Personen, wenn sie nicht mit Begleitung und Beratung verknüpft werden. Insgesamt ist die Bilanz ernüchternd. Die Langzeitarbeitslosen werden wieder einmal die Verliererinnen dieser Reform sein.

MdL Sabine Dirlich ist arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion

Zum staatsoffiziellen Blick auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit

Jan Korte

Ralph Giordano stellte 2007 auf dem Eröffnungskolloquium „Aufbau des BKA — Kalte Amnestie auf demokratischer Grundlage“ Folgendes fest: „Wir leben in einem Land, wo dem größten geschichtsbekanntesten Verbrechen mit Millionen und aber Millionen Opfern, die wohlbemerkt hinter den Fronten umgebracht worden sind wie Insekten, das größte Wiedereingliederungswerk für Täter folgte, das es je gegeben hat. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind sie nicht nur straf-frei davon gekommen, sondern konnten ihre Karrieren auch unbeschadet fortsetzen.“ Giordano hat diesen Geburtsfehler der Bundesrepublik „die zweite Schuld“ genannt. Dieser sei viel mehr als nur eine rhetorische oder moralische Kategorie, sondern tief verankert im „Großen Frieden mit den Tätern“.

Den moralischen und politischen Preis, den die „Resozialisierung“ der Täter forderte, zu ergründen, bleibt auch heute Aufgabe einer kritischen Öffentlichkeit. Im Dezember 2010 stellten wir daher eine umfangreiche Große Anfrage zum „Umgang mit der NS-Vergangenheit“ an die Bundesregierung und diese feilte über ein Jahr an ihrer Antwort (Drucksache 17/8134), mit der nun erstmals ein umfassender offizieller Überblick über Umfang und Intensität der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit im Staatsapparat der frühen Bundesrepublik vorliegt.

Die Antwort illustriert die unübersehbare Präsenz ehemaliger NS-Funktionseleiten in den Ministerien und Behörden der frühen BRD. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen konnten sie ihre Karrieren in der BRD unbeschadet fortsetzen. Im gesamten Auswärtigen Amt z.B., in dessen höheren Dienst 1952 noch rund 34% NSDAP-Mitglieder tätig waren, gab es gerade einmal drei Entlassungen wegen Tätigkeit im ‚Dritten Reich‘. Dieses durch den Kalten Krieg begünstigte Ausmaß kann man im Rückblick nur als eine beispiellose moralische Katastrophe bezeichnen. Die massenhafte „Resozialisierung“ der NS-Täter in der frühen Bundesrepublik forderte auch in politi-

scher Hinsicht einen hohen Preis. Die jüngste Studie über die braunen Wurzeln des BKA belegt erneut, dass sich in den Behörden über Jahrzehnte hinweg Resentiments und Feindbilder, die in der Zeit des Nationalsozialismus und teilweise auch schon davor, geprägt worden waren, konservieren konnten.

In der Antwort auf die Frage nach ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in den Bundesregierungen werden 26 Bundesminister und ein Bundeskanzler genannt, unter ihnen Horst Ehmke, Walter Scheel, Friedrich Zimmermann und Hans-Dietrich Genscher. Zur Frage der NS-Aufarbeitung der Institution Bundestag will sich die Bundesregierung aber nicht äußern. Daher bleibt weiterhin offen, ob Wolfgang Abendroth mit seiner These richtig lag, wonach noch Mitte der 60er Jahre die NSDAP die größte Fraktion im Bundestag stellte. DIE LINKE wird darauf drängen, dass nun endlich auch der Bundestag die NS-Vergangenheit seiner Mitglieder untersuchen lässt.

Historisch aufschlussreich für den Umgang der einzelnen Ressorts der Bundesregierung mit NS-belasteten Personen ist auch die Übersicht zur Reintegration dieser Personen nach dem 131er Gesetz. So waren bis zum 31. März 1955 77,4 % der Besetzungen im Verteidigungsministerium sogenannte 131er, auch im Vertriebenen- sowie dem Wirtschaftsministerium oder beim Presse- und Informationsamt betraf dies über zwei Drittel der Mitarbeiter. Ob man die Reintegration von NS-belastetem Personal wirklich als gelungene Aufarbeitung der NS-Vergangenheit bezeichnen soll, ist äußerst zweifelhaft.

Interessant ist auch die neunseitige Literaturliste, die die Bundesregierung als Antwort auf die Frage nach NS-belasteten Personen in den Institutionen der DDR anführt. Mit großer Sicherheit hätte es eine solch ausführliche Liste zwanzig Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik nicht gegeben. Für die Problematisierung des DDR-Umgangs in diesem Bereich gibt es offensichtlich ein weit größeres Inte-

resse. Während die Stasi-Unterlagen-Behörde 20 Jahre nach Ende der DDR 1.687 Mitarbeiter hatte, hatte die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg 20 Jahre nach Kriegsende 121 Mitarbeiter. Nie in ihrer Geschichte hatte die Zentralstelle, die derzeit mit ganzen 16 Mitarbeitern auskommen muss, auch nur annähernd ausreichende Mittel oder genügend Personal, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Hier zeigt sich einmal mehr, wo der geschichtspolitische Schwerpunkt in der Bundesrepublik liegt: nicht auf Seiten der Opfer massenhaften Mordens.

Die Verantwortung für die Inhaltsleere in zahlreichen Bereichen der Antwort auf die Große Anfrage trifft nicht die gegenwärtige Bundesregierung, sondern ist Ausdruck des verfehlten Umgangs mit der NS-Vergangenheit in der frühen BRD. Dass die Bundesregierung allerdings weiter auf der falschen Behauptung beharrt, „Bund und Länder“ hätten „diese Aufarbeitung von Beginn an nachhaltig unterstützt“, ist schon dreist. Nach wie vor bewegt sich an vielen Stellen nichts: immer nur dort, wo es gesellschaftlichen Druck gibt, passiert überhaupt etwas in Sachen NS-Aufarbeitung.

Brisante neue Enthüllungen sucht man also in der Antwort vergebens. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist dennoch an vielen Stellen getan. Hier hat sich auch die jahrzehntelange Beharrlichkeit von vielen kritischen Bürgern, Historikern, Intellektuellen und Journalisten ausgezahlt. Jetzt muss es darum gehen, dass alle Behörden ihre Vergangenheit konsequent offenlegen und den freien Zugang zu Akten und Daten sowohl für die Betroffenen als auch für Forschung und Medien eröffnen. Dann böte sich die Chance, endlich eine objektive Geschichte des Kalten Krieges und der Politik der beiden deutschen Staaten zu schreiben.

Von Jan Korte und Dominic Heilig erschien kürzlich im Berliner Karl Dietz Verlag „Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland“.

Erwerbslosenfrühstück in Bernburg mit großer Resonanz

Jörg Lemmert

Auch im neuen Jahr gehen die Erwerbslosenfrühstücke im Bernburger Bürgerbüro von MdL Birke Bull und MdB Jan Korte weiter. Am Montag trafen sich bereits zum 9. Mal Erwerbslose aus der Saalestadt im Büro der beiden Abgeordneten, wobei mit 15 Gästen die Resonanz so groß wie nie zuvor war. Als Referentin war dieses Mal die Wahlkreismitarbeiterin Monika Andrich aus Dessau zu Gast, die mit den Anwesenden zum Schwerpunkt Kosten der Unterkunft diskutieren wollte. Bereits seit 2005 berät sie ehrenamtlich ALG II-EmpfängerInnen und ist deshalb zu vielen Themen rund um Hartz IV aussagefähig.

Los ging es mit einer kleinen Einführung in die Änderungen, die sich für ALG II-EmpfängerInnen im neuen Jahr ergeben. Monika Andrich wies auf die erhöhten Regelsätze und weitere Änderungen, wie z.B. beim Zahnersatz und den Werbungskosten hin. Die Re-

gelsätze werden auch zukünftig steigen. Aus Sicht der LINKEN entsprechen diese aber nach wie vor nicht annähernd dem wirklichen Bedarf der Betroffenen. Bei den Kosten der Unterkunft (KdU) wies sie auf die den unterschiedlichen Umgang in den Landkreisen hin und kritisierte die schleppende Anpassung an die Entwicklung bei Miet- und Energiepreisen. Gerade bei den Mieten sieht sie große Probleme: Der Mangel an kleinen und preisgünstigen Wohnungen wird zukünftig zu hohen Belastungen führen, die letztlich von den Kommunen gestemmt werden müssen.

Natürlich war auch wieder ausreichend Zeit für die Fragen der zahlreichen Gäste, die sich z.B. zu den Kosten bei der Warmwasseraufbereitung, den Müllgebühren und bei Umzügen informierten. Gerade das Thema Umzug interessierte viele Erwerbslose. Nach schlechten Erfahrungen mit der Genehmigung der ent-

stehenden Kosten fragten sie nochmal genau nach. Monika Andrich kritisierte in diesem Zusammenhang die oftmals unklaren Regelungen der Landkreise und empfahl den Betroffenen, sich gegen minderwertige Wohnungsangebote und einer Ablehnung der Kostenübernahme zu wehren. Grundsätzlich sollten Entscheidungen des Amtes immer kritisch hinterfragt werden und niemand davor zurückschrecken, Widerspruch einzulegen oder sogar zu klagen. Hierbei sollte unbedingt immer auf die jeweils geltenden Fristen geachtet werden.

Am Ende gab es viel Applaus für die fachkundige Referentin, die auf jede Frage ein Antwort wusste. Ein Teilnehmer brachte mit „Toll, dass es dieses Angebot bei euch gibt“ das Lob der Gäste auf den Punkt. Am 12. März sind alle Interessenten zum nächsten Frühstück wieder herzlich eingeladen.

Jan Korte auf Nikolaustour in Staßfurt

Jörg Lemmert

Im Rahmen seiner diesjährigen Nikolaustour war der Bundestagsabgeordnete Jan Korte (DIE LINKE) am 9. Dezember auch in Staßfurt unterwegs. Seine Bürgersprechstunde auf dem Benneckschen Hof nutzten wieder viele Bürgerinnen und Bürger der Salzstadt, um mit dem Abgeordneten über aktuelle Themen ins Gespräch zu kommen. Außerdem gab es kleine Schokonikoläuse und den neuen Taschenkalender von Jan Korte für die Staßfurterinnen und Staßfurter.

Jan Korte traf sich außerdem mit dem Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit (ASG). Beim ASG bieten Selbstbetroffene seit vielen Jahren Hartz IV-Empfängern der Region Hilfe bei Widersprüchen und Problemen mit Behörden an. Er unterstützte diese Arbeit mit einer Spende.

Auch ein Treffen mit Staßfurter Gewerbetreibenden stand an diesem Tag auf dem Programm. Im Theatercafé ließ sich der Abgeordnete von aktuellen



Scheckübergabe an das ASG

Foto: privat

Entwicklungen in der Bodestadt berichten und brachte den Teilnehmern die Positionen der LINKEN zur Mittelstandspolitik näher. Auch Staßfurts Wirtschaftsförderer Christian Schüler war der Einladung gefolgt und berichtete, wie die Stadt den örtlichen Unternehmen unter die Arme greift. Unterstützung bei der Fachkräftevermittlung und dem Ausbau des Breitbandnetzes führte er als Beispiele an.

Auf einer Pressekonferenz in seinem Bürgerbüro stellte der Abgeordnete außerdem eine Bilanzbroschüre über seine Arbeit im Bundestag seit der Wiederwahl 2009 vor. Interessenten können diese in seinen Wahlkreisbüros beziehen und sich selbst ein Bild über sein Engagement im Wahlkreis Anhalt und in Berlin machen.

Standpunkt der Staßfurter LINKEN zur Klinikproblematik

Ralf-Peter Schmidt

Wer verkauft eigentlich die Kliniken der Holding?

Welcher Bürger kann schon erahnen, welche Kräfte den Landrat Gerstner dazu treiben, den Klinikverkauf absichtlich so zu verzögern, dass dadurch dem Landkreis ein bisher noch unübersehbarer Schaden entsteht?

Dreimal hat sich eine Mehrheit des Kreistages dafür entschieden, die Kliniken an den Anbieter AMEOS zu verkaufen. Dies mit der Erkenntnis, dass AMEOS bei Betrachtung von Kaufpreis, Investitionen und Umsetzung der Privatisierungsziele nachweislich das bessere Angebot vorgelegt hat.

Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die Mitglieder des Kreistages, die diesen Entschluss befürwortet haben, sehr gründlich mit den Angeboten der zuletzt übrig gebliebenen Interessenten HELIOS und AMEOS beschäftigt und die Vor- und Nachteile der zwei verschiedenen Angebote abgewogen haben.

Es ist unerhört und in der Geschichte der Kreistagsentscheidungen bisher einmalig, dass die mit Sachverstand, Interesse am leistungsfähigen Fortbestand der Gesundheitsfürsorge und schließlich mit demokratischer Mehrheit gefassten Beschlüsse des Parlaments vom Landrat weggewischt wurden. So wird dem Landkreis immenser finanzieller Schaden zugefügt, der sich sicher in vielfacher Millionenhöhe aufbauen wird. Hinzu kommen Unsicherheit der Krankenhausbeschäftigten, Angst vieler Bürgerinnen und Bürger um ihre zukünftige Krankenhausversorgung und auch allgemeiner Prestigeverlust einzelner Standorte.

Enttäuschend ist vor allem auch die Sachkunde der Berater, die den Landrat in dieser Sache umgeben.

Das Transaktionsbüro war nicht in der Lage, dem Kreistag umfassend und verständlich zu erläutern, warum der Bieter HELIOS das bessere Angebot haben soll, obwohl in diesem Fall durch kartellrechtliche Bedenken die beiden Standorte Ascherleben und Staßfurt nicht mit



Der Bernburger Standort der Salzlandkliniken
Foto: privat

erworben werden können. Auch wurden die zusammengefassten Transaktionssummen beider Bieter nicht verglichen. Schließlich konnten die anwesenden Vertreter des Transaktionsbüros die Frage unserer Fraktion, wie ein eventuell notwendiges Notifizierungsverfahren ablaufen würde, nicht beantworten, weil sie keine Erfahrungen hätten.

Die Erfahrungsergebnisse von Kreistagsmitgliedern nach ihren Gesprächen mit Europaabgeordneten und Sachverständigen, die bereits Klinikverkäufe begleitet haben, wischte der Landrat genauso vom Tisch wie die drei eindeutigen Abstimmungsergebnisse des Kreistages.

Auch die Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes, das die Richtigkeit der Beschlüsse des Kreistages bestätigte und eine Notifizierung nicht forderte, nahm er nicht für voll.

Hingegen bestellte er ohne Auftrag des Kreistages ein weiteres Gutachten zur Thematik, das erneut die Frage aufwirft: Wer bezahlt es? Das neue Gutachten, wen wundert es noch, entspricht dem Willen seines Auftraggebers und bringt zum Ausdruck, doch besser ein Notifizierungsverfahren zu bemühen.

Wie dilettantisch der Landrat nun herangegangen ist, bringt die Recherche der Volksstimme vom 11.01.2011 zum Ausdruck, wo festgestellt wird, daß sowohl

der Landrat, als auch seine Beraterin Frau von dem Busche der Meinung sind, dass es egal wäre, ob in dem Antragsschreiben an das Landwirtschaftsministerium um die Einleitung eines Notifizierungsverfahrens oder um die Prüfung eines möglichen Notifizierungsverfahrens gebeten wird. Die werden sich schon zurechtfinden, meint Frau von dem Busche.

Da verwundert schon, dass Landrat Gerstner im Dezemberkreistag noch verkündete, dass er zur Einleitung der Notifizierung einen Kreistagsbeschluss benötige, den es jedoch bis heute nicht gibt! Nach dem jetzigen Stand der Dinge, nachdem alle befassten „oberen“ Stellen vom Kreistag über das Landesverwaltungsamt bis zur Europäischen Union keine dringende Notwendigkeit einer Notifizierung sehen, muss sich der Landrat wirklich fragen lassen, warum er die Krankenhauslandschaft seines Kreises in eine weiterhin drohende Notlage führen will.

An dieser Stelle kann man schon nicht mehr gespannt sein, wie die Lösung wohl aussehen wird. Ein großer Schaden ist bereits jetzt entstanden, der ständig weiter wächst.

Der Landrat möchte angeblich Schaden vom Kreis abwenden - wie will er das nur machen, ohne sich Verursacher zu nennen?

Wir fordern in Würdigung aller uns vorliegenden Erkenntnisse den Landrat wiederholt auf, den 3-fach durch den Kreistag beschlossenen Verkauf der Kliniken an den Bewerber AMEOS umzusetzen, um somit noch im 1. Quartal 2012 einen ordnungsgemäßen Klinikbetrieb in Ascherleben, Staßfurt, Bernburg und Schönebeck durch AMEOS zu sichern.

Wir fordern eine transparente und lückenlose Aufklärung aller im Zusammenhang mit dem Klinikbetrieb und Klinikverkauf zu verantwortenden Fehler, Demokratieverletzungen und Steuergeldverschwendungen.

Ralf-Peter Schmidt ist Vorsitzender der BO Staßfurt

Staßfurter LINKE waren zur Liebknecht-Luxemburg-Ehrung in Berlin

Ralf-Peter Schmidt

In nun schon mehrjähriger Tradition rufen die Staßfurter LINKEN zur gemeinsamen Fahrt nach Berlin auf, um dem Vermächtnis von Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht zu gedenken. So machten sich auch am 15.01.2012 10 GenossInnen und SympathisantInnen, darunter auch sympathisierende Jugendliche, bereits 6:00 Uhr ab dem Staßfurter Bahnhof in Richtung Berlin auf. Bernburger, Staßfurter und Unseburger erlebten so einen interessanten Tag. Die Zugfahrt, die anteilig von der LINKEN finanziert wurde, gab schon viel Zeit für den politischen Dialog zwischen den Generationen. Ein Muss war dann für die Beteiligten die Teilnahme am Demonstrationzug, hin zur Gedenkstätte der Sozialisten. Dort konnte nach der Ehrung mit den roten Nelken auch die Vielschichtigkeit der LINKEN und der Arbeiterbewegung an

zahlreichen Informationsständen erlebt werden. Ja es stellte sich erneut die Frage, warum die LINKEN in Deutschland ihre Kräfte nicht bündeln. Leider kam es hier zum vereinbarten Treffen mit dem Bundestagsabgeordneten Jan Korte dann doch nicht, obwohl sich insbesondere unsere parteilosen Mitfahrer darauf gefreut hatten. Nach einer kurzen Stärkung machten wir uns dann in Richtung Volksbühne auf und unser Reiseleiter, Siegfried Mahlfeld, führte uns zu einer interessanten, politisch-kulturellen Veranstaltung zu dem Thema „KEINE MACHT DEN BANKEN!“. Es gab einfach alles, die Parteivorsitzenden Löttsch und Ernst, der Vorsitzende der Europäischen Linken, Pierre Laurent, Lieder von Dieter Dehm, der Manager der Veranstaltung war, Oskar Lafontaine und zahlreiche weitere Linke aus Griechen-

land und Europa, Künstler aus den Niederlanden und Chile waren zu erleben. Komplexer und anschaulicher konnte uns nicht verdeutlicht werden, was Kanzlerin Merkel aktuell in Europa anrichtet, wie sie die Völker aufeinanderhetzt, dass die Finanzkrise einem Bankenmonopoly gleicht und der einfache Bürger die Schuldzuweisung erhält. Da macht schon stolz, dass sich Die Linke in Europa zusammenschließt, einen gemeinsamen Appell für die Rettung der Völker Europas formuliert, mit der klaren Aussage: „Europa überlebt, wenn wir den Finanzmärkten vereint widerstehen!“. Deshalb war dieser Tag für uns alle ein solidarischer, der Kraft gibt für die künftigen Aufgaben vor Ort! Deshalb werden wir 2013 wieder an Karl und Rosa denken.

Aus dem Stadtrat Bernburg

Eberhard Balzer

Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Bernburg prüft in jedem Jahr die Jahresrechnung der Stadt. Es ist bei der Erfüllung der ihm zugewiesenen Prüfungsaufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Nach den Vorgaben der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt gibt der Stadtrat die Zustimmung zum Prüfungsbericht und entlastet damit den Oberbürgermeister. Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bernburg ist 2010 überwiegend ordnungsgemäß und rechtmäßig. Aber seit Jahren gibt es die gleichen Wiederholungsbeanstandungen zur Gewährung

erheblicher Zuschüsse an die Bernburger Freizeitgesellschaft (BFG). 2010 waren es 900.000 Euro. Sie dienen der Erfüllung des Gesellschaftszwecks durch die Stadt Bernburg; erfolgen aber ohne rechtliche Grundlage und stellen damit wesentliche Einschränkungen in der Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Rechtmäßigkeit bei der Ausführung des Haushaltsplanes dar. Diese Beanstandungen werden vom Oberbürgermeister nicht anerkannt, obwohl die Finanzsituation der Stadt recht kritisch ist. Auf Grund dieser Wiederholungsbeanstandungen bestätigte das Rech-

nungsprüfungsamt in diesem Fall keine ordnungsgemäße Haushaltsführung, da gegen gesetzliche Vorschriften von Gemeindeverordnungen verstoßen wird. Aus diesem Grund habe ich als Stadtrat auf der Sitzung am 15. Dezember der Entlastung des Oberbürgermeisters nicht zugestimmt, auch deshalb, weil ich schon seit 2 Jahren empfohlen habe, eine übergeordnete Prüfeinrichtung verbindlich zur Rechtsfindung einzubeziehen. Diese Anregung fand aber beim Oberbürgermeister bisher keine Beachtung. *Eberhard Balzer ist Mitglied im Stadtrat von Bernburg (Saale)*

Dank für Erhalt der Ökostation

Andrea Finck, Leiterein der Ökostation Neugattersleben, bedankt sich bei MdB Jan Korte und der Kreistagsfraktion für die Unterstützung beim Erhalt der Einrichtung:

Ich möchte mich bei Ihnen allen nochmal recht herzlich für das Engagement zum Erhalt der Umweltbildung in der Ökostation Neugattersleben bedan-

ken. Das öffentlich machen der Schließungsabsichten unseres Trägers hat zu viel Zuspruch und vielfältigen unterstützenden Aktivitäten geführt. Hier haben wir die Verankerung unserer Arbeit in der Region gespürt. Ein turbulentes halbes Jahr liegt hinter uns, mit dem Ergebnis, dass es einen neuen Träger gibt - die Stiftung evangelische

Jugendhilfe Bernburg - der das Gelände der Ökostation gekauft hat und auch weiterhin die ökologische Bildung fördert. Ich persönlich habe das Glück, diesen Prozess weiter zu begleiten. Also herzlichen Dank noch mal und beste Grüße aus Neugattersleben.

Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Januar
recht herzlich

zum 92. Geburtstag
Herbert Fleischhauer

Zum 90. Geburtstag
Paul Maser

Zum 85. Geburtstag
Irmgard Adam

Zum 84. Geburtstag
Ferdinand Grosser

Zum 83. Geburtstag
Lieselotte Pohle
Richard Breitwieser

Zum 82. Geburtstag
Heinz Schmiedel
Willi Andree
Heinz Müller

Zum 81. Geburtstag
Christa Apel

Zum 80. Geburtstag
Günter Ohm
Friedrich Schrader

Zum 75. Geburtstag
Ernst König

Zum 65. Geburtstag
Wolfgang Menzel

Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im Januar
Geburtstag haben



Alternative Neujahrsempfänge im Salzlandkreis

Am 31. Januar lädt MdB Jan
Korte wieder zu zwei alternativen
Neujahrsempfängen. Interessierte
Bürgerinnen und Bürger können auf
dem Benneckschen Hof in Staßfurt
ab 10 Uhr und auf dem Karlsplatz
in Bernburg ab 11:30 mit dem
Abgeordneten ins Gespräch kommen.
Natürlich gibt es auch Tee und
Schmalzstullen.

Einladung zur Mitgliederver- sammlung des Ortsverbandes Bernburg:

Am 15. Februar, 18 Uhr, Alte Mol-
kerei Bernburg.
Turnusgemäß wählen wir einen
neuen Ortsvorstand. Alle Mitglieder
sind herzlich eingeladen. Inter-
essentInnen für eine Kandidatur
melden sich bitte im Bernburger
Wahlkreisbüro.

Sprechstunden vom Aktions- bündnis für soziale Gerechtigkeit Staßfurt

Im neuen Jahr bietet das Bündnis je-
den Dienstag von 9:30 bis 11:30 Uhr
und 16:00 bis 18:00 Uhr Sprech-
zeiten im Fraktionsbüro Staßfurt
(Grenzstraße 11) an.

Der LINKE Politstammtisch in Staßfurt

Jeden ersten Mittwoch im Monat
(nächstes Mal am 01. Februar). Im-
mer um 17 Uhr in der Gaststätte "Zum
Obersteiger" (Schmidestraße 2)

Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 13. Februar 2012 und
Redaktionsschluss war der 19.
Januar 2012

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Ida Lorenz



OV Saale-Wipper
Kreisvorstand

Nachruf

In stillem Gedenken
Ernst Reimann



OV Saale-Wipper
Kreisvorstand

Bernburger LINKE sucht Mitstreit- erInnen für Kutterruderteam

Für das traditionelle Kutterrudern
des Maritimen Club Bernburg am 9.
Juni 2012 suchen wir noch Mitstreit-
erInnen für unser Team. Interes-
sentInnen melden sich bitte bei Jörg
Lemmer im Bernburger Wahlkreis-

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand kommt am 08.
Februar um 18 Uhr zu seiner nächs-
ten Sitzung im Staßfurter Fraktions-
büro (Grenzstraße 11) zusammen.

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE.

Salzlandkreis

Tel.: 03471/310492

u. 152 035 061 47

Mail: dielinke-slk@t-online.de

06406 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P)

Rüdiger Wendt,

Klaus Magenheimer,

Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Redakti-
onsschluss eingegangenen Artikeln kann
die Veröffentlichung nicht garantiert werden.